

Lichtenstein-Galiberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Lageblatt für Sohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Kösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Rendorfel, Ortmannsdorf, Wälden St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurm, Niedermüllern, Stabschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 93.

Hauptausfertigungsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

Donnerstag, den 24 April

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags für den folgenden Tag. — Druckerei: Lichtenstein, Hauptstraße 10. — Druckkosten: 12 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm-Werk-Strasse 6b, alle Bestenstellen Postboten, sowie die üblichen Zeitungsverkäufer entgegen. — Zusätze werden die fünfmalige Grundrate 1.25, die andernfallsige Beilage mit 30 Pfg. berechnet. — Meldezeitung 60 Pfg. — Fernsprechkreis Nr. 7. — Im amtlichen Teile siehe die zweifache Seite 75 Pfg., für Anzeigen 90 Pfg. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Lichtenstein.

Granen: L. M. R. B. Abschnitt 26, 125 Gramm 13 Pfg.
Zuckerhonig: L. M. R. B. Abschnitt 27, 1/4 Pfund 40 Pfg.
Gemüseverkauf: gelbe Kohlrüben 1 Pfund 10 Pfg., weiße Kohlrüben 1 Pfund 6 Pfg., rote Rüben 5 Pfund 85 Pfg., gelbe Speisemöhren 1 Pfund 18 Pfg. Bezahlung von 9—12 Uhr im Lebensmittelamt.

Zur Verhütung des Abschlachtens arbeitsfähiger Pferde wird in Erinnerung gebracht, daß nach § 14 der Verordnung, den Verkehr mit Schlachtpferden und Pferdefleisch betreffend, vom 19. Juli 1918 (Sächsische Staatszeitung Nr. 167 vom 20. Juli 1918) die für die Fleischbeschau verpflichteten Tierärzte bei der Beschäftigung des lebenden Pferdes fest-

zustellen haben, ob das zur Schlachtung angemeldete Tier tatsächlich nur noch Schlachtwert besitzt, und die Schlachtung von Pferden, die noch Nutzwert haben, zu verbieten haben.

Den beteiligten Tierärzten und Polizeibehörden wird die Einhaltung und Ueberwachung dieser Vorschrift erneut zur besonderen Pflicht gemacht.

Dabei wird zur gleichmäßigen Ueberwachung darauf hingewiesen, daß die **Ausfuhr von Pferden** aus Sachsen nach Bezirken nichtsächsischer Heeresverwaltungen, mit Ausnahme für den zum XIX. Armeekorps gehörigen Kreis Ronneburg in S. A. nach den noch in Gültigkeit befindlichen Anordnungen der stello. Generalkommandos XII. A. R. vom 18. Mai 1918 und XIX. A. R. vom 25. April 1918 verboten ist.

Dresden, den 15. April 1919.

Wirtschaftsministerium.

803 c v L.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Nach dem „Matin“ sind die bisher im Innern Frankreichs beschliffen Kriegesgefangenen nach den zerstörten Gebieten befördert worden, wo sie nach einem bereits festgelegten umfangreichen Arbeitsprogramm Frontdienste leisten sollen.

* Während der Osterfeiertage trafen in Hamburg zwei Lebensmittelschiffe ein und zwar der norwegische Dampfer „Thordis“ mit etwa 6000 Tonnen aus New York und der amerikanische Dampfer „Lake Sainte Claire“ mit etwa 8000 Tonnen aus Rotterdam.

* Wie die „N. N.“ hören, hat Hamburg im Hinblick auf die Ruhestörungen während der letzten Tage um Abänderung von Regierungstruppen ersucht.

* Der Bürgermeister von New York hat die streikenden Hafenarbeiter, die den Betrieb im Hafen lähmend drohen, dazu veranlaßt, die Arbeit wieder aufzunehmen und die Regelung der Lohnfragen einem Schiedsgericht zu überlassen.

* Ein Berliner Passagierflugzeug legte die Strecke Berlin-Kopenhagen in 4 Stunden 1 Minute zurück.

* Die Lage Nigas ist verzweifelt, die Stadt befindet sich in den Händen des bewaffneten Mobs, der fürchtbar wütet. Eine Hilfsaktion für die Dransaflierten tut dringend not.

* Die ungarische Räteregierung soll gestürzt sein, nähere Mitteilungen fehlen noch.

* Paris feiert den 1. Mai als Siegesbank- und Feiertag.

* Wie der „Republican“ meldet, wird die Frage von Rautschou, dessen alte Herausgabe an China von Amerika verlangt wird, vor die Konferenz gelangen.

* Die Betriebsversammlungen der Berliner Bankbeamten sprachen sich in ihrer großen Mehrheit für Annahme des Schiedspruchs und Wiederaufnahme der Arbeit aus.

* In Stavgaard ruht infolge Streiks der Eisenbahner der Verkehr nach Stettin.

* Der amerikanische Lebensmittelkommissar Hoover ist an der Spitze einer größeren Kommission in Berlin eingetroffen.

* Das Berner Intelligenzblatt meldet aus Bern: Die amerikanische Regierung beschloß die Errichtung einer Zentrale für die ganze Rohstoffausfuhr Amerikas nach Europa in Wien, womit diese Stadt zum Mittelpunkt des Warenverkehrs für Mittel- und Ost-Europa wird.

* Nach einer Meldung des „Vorwärts“ ist die Lage in Oberschlesien äußerst gespannt, weil die Arbeiter auf die Abhebung sämtlicher Grubendirektoren bestehen. Von der Regierung ist ein Schiedsgericht eingestellt worden und beide Parteien haben zugestimmt dem Schiedspruch zu unterwerfen.

* Wie das „N. L.“ hört, hat die deutsche Regierung einen Gegenentwurf zu dem Völkerbundprojekt der Entente ausgearbeitet und beabsichtigt, ihn in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

* Das sächsische Ministerium für Militärwesen hat für die Vergütung der Leiche des ermordeten Ministers Neuring eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

* 26 Spartakisten sind seit der Verhängung des Belagerungszustandes im Dresdner Bezirk verhaftet worden. Es liegen antrüglige Anzeichen dafür vor, daß sich in der Gemeinschaft der Spartakisten verbrecherische Elemente befinden, die deren politische Bestrebungen zu Minderungen mißbrauchen.

* Die Unruhen in Indien, Ägypten und Irland dehnen sich weiter aus.

Welchen Frieden können wir annehmen?

Berlin, 23. April. Reichsminister Rathenau schreibt im „Berl. Tagbl.“ unter der Überschrift: Welchen Frieden können wir annehmen? Er sagt: Daß die Wiederherstellung in dem von uns besetzt gewordenen Gebieten Belgiens und Nordfrankreichs an privaten angerichteten Kriegsschäden infolge der sächsischen Bedingungen des Waffenstillstandes kaum möglich sei; die Abtragung der Schuldsomme müsse auf eine längere Reihe von Jahren verteilt werden. Für die deutschen Friedensdelegationen sei es notwendig, die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit klarzumachen. Keine Regierung werde einen Frieden unterzeichnen, der diese Grenzen überschreite. Die Abtrennung des Saargebietes erklärte der Minister für undenkbar, ebenso die Besetzung des linken Rheinuferes, bis Deutschland die im Friedensvertrag offiziell übernommenen Verpflichtungen erfüllt hat. Deutschland auch bei Königsberg ein Freihaufen eingeräumt werden. Als deutschempfindend könnte jedoch nicht zugestimmt werden, daß Polen bei Danzig ein Leben werden, daß die in geschlossenen Siebelungsgebieten lebenden Deutschen, das frühere Österreich, gegen ihren Wunsch und Willen dem tschechoslowakischen Staat angegliedert oder verhindert werde, sich Deutschland anzuschließen. Der Minister sagt weiter, daß wir keinen Frieden annehmen können, der uns unsere gesamten Kolonien entreißt und will nur einen Frieden gelten lassen, der eine Auslösung der Wilsonschen Friedenspunkte bringt. **Kein deutsches Nachgeben in der Saarfrage.**

Wien, 22. April. Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau hat dem Vertreter des „Neuen Wiener Tagblattes“ zu den Berichten der „Agence Havas“ über das Schicksal des Saargebietes erklärt, Deutschland müsse auf dem Wilsonschen Programm, das nichts von einer Abstimmung über Gebiete besage, deren Zugehörigkeit weit außerhalb jeder Erörterung stehe und sehe keine Möglichkeit dafür, auch nur zu erwägen, ob das Saargebiet der Kontrolle unterworfen werden sollte, von welcher die „Agence Havas“ spreche. Deutschland sei aber bereit, die Frage eines wirtschaftlichen Ausgleiches mit Frankreich mit dem besten Willen zur Verständigung zu prüfen. In Beantwortung der Frage ob die Politik der Entente unter dem Druck des öffentlichen Bewusstseins in den Westländern ihre

gefährliche Bahn nicht doch verlassen werde, wie Graf Brockdorff darauf hin, daß die Entente trotz ihres Ankämpfens und ihrer Wühlererei gegen den Abschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland kein ernstliches Nein spreche, da offenbar auch die bitterste Feindschaft sich scheinbar, die unübersteiglichen Triebkräfte des nationalen gemeinschaftlichen Lebens zu vergegenwärtigen.

Genf, 23. April. Obgleich die deutschen Unterhändler nach den neuesten Meldungen erst am 23. April in Versailles sein werden, ist man davon überzeugt, daß die Verhandlungen sich nicht über den 15. Mai hinausziehen werden. „Echo de Paris“ zufolge werden die Verbündeten fordern, daß die Unterhändler sofort unterzeichnen und sich die Bestätigung durch die Nationalversammlung vorbehalten. **Mit** keinen Fall würden die Verbündeten gestatten, daß die Bedingungen einer Volksabstimmung unterworfen werden. Die gesamte Pariser Presse feiert den Sieg über Brockdorffs Manöver. Man erblickt in dem augenblicklichen Nachgeben der Deutschen ein sicheres Zeichen dafür, daß sie den Vertrag schließlich doch noch annehmen werden, wenn nur die Verbündeten ebenso energisch handeln, wie im Zwischenfall Brockdorff-Rantzau. „Matin“ meint, wenn die Alliierten deutlich sprechen, wenn die militärischen Sachverständigen ein Wort mitzureden haben, müßten die Deutschen notwendig nachgeben.

— Doch ein Gerechtigkeitsfrieden? Die „Times“ melden aus Paris: Bei einem Empfang der amerikanischen Journalisten bei Wilson erklärte der Präsident, er habe die berechtigten Forderungen der Alliierten in Uebereinstimmung mit seinen 14 Friedenspunkten gebracht. Der bevorstehende Friede sei ein Friede, der die 14 Punkte Amerikas auch den Feinden gegenüber zur Geltung bringe.

Deutsches Reich.

Berlin. (Die Entsendung der deutschen Delegation für Versailles.) Zu dem Notenwechsel über die Entsendung der Unterhändler bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß die erste Abteilung der deutschen Delegierten, der sich voraussichtlich 5 bis 7 Pressevertreter anschließen werden, nicht abfahren soll, bevor Clemenceau sich zu der deutschen Antwortnote geäußert hat. Erfolge eine zustimmende Antwort, dann könnte die deutsche Friedensabordnung vielleicht am 28. April abreisen, also frühestens am 1. Mai die in Paris angelegten Friedensbedingungen in Empfang nehmen, vor dem 2. Mai könnte man also in Berlin keinesfalls Kenntnis von dem Anlaß der feindlichen Vorschläge haben.

— (Kundgebungen für das Deutschtum in Westpreußen.) Am Osterfesttag fanden in ganz Westpreußen von Schneidemühl bis Bentschen, in über vierzig Orten große Kundgebungen für das Deutschtum statt. Große Demonstrationen wurden abgehalten, denen Plakate vorangetragen wurden mit der Aufschrift: „Wir wollen deutsch bleiben! Wir